

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL' ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA  
GESETZGEBUNGSPERIODE 1978

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 160. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 24. Jänner 1978  
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Molignoni  
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI  
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth  
Dr. Anselmo Gouthier  
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI  
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Alfons Benedikter (entsch.)  
Dr. Klaus Dubis (entsch.)  
Rag. Silvio Nicolodi (entsch.)  
Karl Oberhauser (entsch. nachm.)  
Alfons Rigott (unentsch.)  
Dr. Karl Vaja (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 18. Jänner fortzufahren.

Außerdem wurden noch folgende Punkte auf die Tagesordnung gesetzt:

- 5) Landesgesetzentwurf Nr. 238/77: "Neufestlegung der Vergütungen für Mitglieder von Kommissionen, die bei der Landesverwaltung errichtet sind";
- 6) BeschluBantrag Nr. 35/78 vom 10.1.78, eingebracht durch den Abg. Willi Erschbaumer, betreffend die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Südtirol".

Die Sitzung beginnt um 9.55 Uhr.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der 159. Sitzung vom 17. Jänner 1978 ersucht der Abg. Mitolo den Präsidenten, auf die Presse einzuwirken, daß die vom Präsidenten anlässlich der Landtags-sitzung vom 17. Jänner 78 gemachte Stellungnahme zum Mord von zwei Jugendlichen in Rom in den Tageszeitungen Erwähnung finden sollten. Dazu antwortet der Präsident, daß er seine Stellungnahme nicht schriftlich abgefaßt habe und daher die Presse nichts Schriftliches vom Landtagsprädisium erhalten hätte. Er werde jedoch seine Rede sofort vom Tonband abnehmen lassen, um sie der Presse weiterzuleiten.

Der Präsident verliest nun die in der letzten Woche eingegangenen Gesetzentwürfe, Anfragen und Interpellationen.

Man schreitet nun zur Behandlung einiger Anfragen und Interpellationen. (Punkt 1 der Tagesordnung).

Anfrage Nr. 357/77, eingebracht am 29.12.1977 durch den Abg. Jenny, betreffend die Mißstände im Südtiroler Kinderdorf.

Der Abg. Jenny erläutert die Anfrage und ersucht um Aufklärung über Mißstände im Südtiroler Kinderdorf.

Landesrat Gebert antwortet sehr ausführlich auf die Äußerungen Jennys und betont, daß das Land nicht in Privatinstitutionen eingreifen könne und daß die Situation im Kinderdorf nicht so dramatisch sei, wie Jenny sie sehe. Jenny erklärt sich mit der Antwort nicht zufrieden und behält sich vor, das Thema wiederum aufzurollen.

Anfrage Nr. 355/77, eingebracht am 15.12.1977 durch die Abg. Achmüller und Franzelin, betreffend den Arbeitertransportdienst.

Nach einer Erläuterung durch Achmüller antwortet LR Pasquali. Achmüller erklärt sich mit der Antwort einverstanden.

Anfrage Nr. 362/78, eingebracht am 10.1.1978 durch den Abg. Achmüller betreffend die Anstellungen in verschiedenen Postämtern Südtirols.

Nach einer Erläuterung durch Achmüller antwortet LR Rubner sehr ausführlich. Achmüller erklärt sich mit der Antwort einverstanden.

Anfrage Nr. 364/78, eingebracht am 17.1.78 durch den Abg. Jenny, betreffend Personalmangel in den Krankenhäusern.

Jenny erläutert ausführlich die Anfrage.

Ende der Vormittagssitzung um 12.10 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.45 Uhr.

LR Gebert beantwortet nun die Anfrage Jennys. Dieser erklärt sich mit der Beantwortung nicht zufrieden, trotzdem er die Bemühungen der Landesregierung auf einigen Sektoren anerkennt.

Punkt 3) der Tagesordnung: Beschlußantrag Nr. 34/77, eingebracht vom Abg. Willi Erschbaumer am 28.12.1977, betreffend die Debatte im Landtag über den Sozialbericht;

Der Präsident teilt mit, daß die Fraktionssprecher in ihrer vor-mittägigen Sitzung beschlossen hätten, den Artikel 102 der GO (Be-handlung von Beschlußanträgen dahingehend auszulegen, daß auch ein Vertreter der Landesregierung das Wort ergreifen könne, obwohl dies der Artikel nicht ausdrücklich vorsehe.

Der Abg. Erschbaumer erläutert nun den Beschlußantrag und kriti-siert den Umstand, daß nicht sämtliche Landtagsabgeordnete den von LR Gebert-Deeg ausgearbeiteten Sozialbericht erhalten hätten, während jener Bericht des Landesrates Pasqualin bereits im Winter 1976/77 zur Verteilung gelangt sei; er wisse daher nicht, ob alle Abgeordneten den Bericht von Frau Gebert gelesen hätten, und ob daher überhaupt eine Debatte innerhalb März, wie im Beschlußantrag verlangt, abgehal-ten werden könnte. Erschbaumer geht u.a. auf das Problem der Inte-grierung der Körperbehinderten in den Arbeitsprozess, auf die Si-tuation der Südtiroler Alters- und Altenheime, auf den Drogen- und Alkoholmißbrauch ein.

Der Präsident betont, daß beim Präsidium des Landtages nie offi-ziell der Sozialbericht von Landesrat Gebert eingegangen sei und daß das Präsidium daher für die Verteilung oder Nichtverteilung dieses Berichtes nicht offiziell verantwortlich gemacht werden kann.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß dieser Beschlußantrag anläßlich der Haushaltsdebatte behandelt werden sollte.

Der Abg. Sfondrini hingegen ist der Meinung, daß von seiten der Landesregierung den sozialen Problemen zu wenig Aufmerksamkeit ge-schenkt werde. Es genüge nicht, wenn die Landesregierung zum Drogen-problem nur in Zeitungsartikel Stellung beziehe. Es müsse mit allen Mitteln die Ausbreitung dieses Drogenmißbrauches, besonders auch in den Bergtälern und am Lande, verhindert werden.

Landesrat Gebert betont in ihrer Stellungnahme, daß es ihr unerklärlich sei, wieso ihr Sozialbericht nicht allen Landtagsabgeordneten zugegangen sei. Bezugnehmend auf den Beschlußantrag erklärt Gebert-Deeg, daß die Behinderten in Südtirol ständig zunehmen, was sich vor allem auch auf die Tatsache zurückführen lasse, daß durch die ärztliche Kunst mehr lebend Geborene zur Welt kommen, diese aber nicht immer frei von Schäden sowohl geistiger als auch körperlicher Natur seien. Eine Integrierung von Behinderten in die Gesellschaft sei aber trotz einiger Bemühungen nicht immer möglich. In Bezug auf den Drogenmißbrauch meint LR Gebert, daß das Land zwar Institutionen für soziale Fragen, nicht aber ärztliche Behandlung für Verfügung stellen könnte.

Der Abg. Achmüller kündigt an, daß die SVP den Beschlußantrag ablehne, weil es nicht darum gehe, endlose Debatten im Landtag abzuführen, sondern bessere Vorschläge einzubringen, die man anlässlich der Haushaltsbedatte behandeln könnte.

Auch der Abg. Bertorelle ist der Auffassung, daß dieser Beschlußantrag in Form einer Tagesordnung während der Haushaltsdebatte behandelt werden könnte, dann könnte sich die DC damit einverstanden erklären.

Der Abg. Stecher antwortet Achmüller und ist der Meinung, daß, wenn die Landesregierung ihren Verpflichtungen nachgekommen wäre, eine Diskussion über soziale Probleme hinfällig wäre.

Der Abg. Jenny betont, daß es sich hier um ein sehr großes Problem handle, was unbedingt besprochen werden müsse; sollte aber einvernehmlich der Beschluß auf die Haushaltsdebatte vertagt werden, so würde er sich damit einverstanden erklären.

Landtagspräsident Molognoni spricht sich im Prinzip für den Beschlußantrag aus, hält aber den Zeitpunkt für dessen Einbringung für nicht sehr günstig. Er ratet dem Kollegen Erschbaumer, den Beschlußantrag in Form einer Tagesordnung anlässlich der Haushaltsdebatte einzubringen, weil sonst die Gefahr bestehe, daß er rückverwiesen werde. Daher werde er sich der Stimme enthalten.

Erschbaumer dankt seinen Vorrednern, besonders jenen, die sich für den Beschlußantrag ausgesprochen haben, nicht verstehen könne er jene, die sich der Stimme enthalten wollen. Auf jeden Fall erkläre er sich nicht einverstanden, die Debatte anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes abzuhalten, da es vielleicht zu spät sein könnte, denn die einschlägigen Kapitel des Haushaltes könnten eventuell nur vor der Erstellung des Haushaltsvoranschlages erhöht werden.

Abschließend dankt Erschbaumer Bertorelle, daß er die Arbeit der Opposition anerkannt habe, und er behält sich vor, weitere Initiativen zu ergreifen. Der Beschlußantrag wird nun mit 4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 4) der Tagesordnung: Ernennung von 6 Vertretern für die Kommission zur Neuregelung der Militärdienstbarkeiten gemäß Art. 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 1976, Nr. 898.

Der Präsident erklärt anhand des Staatsgesetzes die Wahlprozedur. Landeshauptmann Magnago ersucht nun um Vertagung des Tagesordnungspunktes, da der auf der Tagesordnungstehende Gesetzentwurf sehr dringend sei.

Sfondrini und Erschbaumer sind der Auffassung, daß auch die Minderheit in besagter Kommission vertreten sein müsse, und sie ersuchen den Präsidenten, vor Ernennung der Kommission die Fraktionssprecher zu einer Sitzung einzuberufen. Die Vertagung des Punktes 4) wird nun mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Punkt 5) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 238/77: "Neufestlegung der Vergütungen für Mitglieder von Kommissionen, die bei der Landesverwaltung errichtet sind.

Der Bericht der Landesregierung wird als verlesen betrachtet, während Bertorelle jenen der ersten Kommission und Ladurner jenen der dritten Kommission verliest.

In der Generaldebatte verweist der Abg. Mitolo auf die zwei von ihm eingebrachten Abänderungsanträge und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Anträge vom Landtag angenommen würden. Da keine Wortmeldung in der Generaldebatte erfolgt, verliest der Präsident eine vom Abg. Erschbaumer eingebrachte Tagesordnung, in der Fassung, wie sie vom Präsidium modifiziert wurde, da die Tagesordnung in der von Erschbaumer konzipierten Fassung nicht mit der Geschäftsordnung in Einklang zu bringen gewesen wäre.

Erschbaumer erläutert nun die Tagesordnung und betont ausdrücklich, daß er sich mit der vom Präsidium vorgeschlagenen Form bzw. Kürzung seiner Tagesordnung nicht einverstanden erklären könne.

Auch Mitolo ist der Auffassung, daß das Präsidium eine Tagesordnung nicht einfach kürzen könne, doch müsse Erschbaumer Tagesordnungen vorlegen, die mit dem zu behandelnden Gesetzentwurf im Zusammenhang stehen müssen.

Der Abg. Erschbaumer ist aber der Meinung, daß ein Zusammenhang bestehe, und daß er gegen die Kürzung der Tagesordnung stimmen werde.

Der Präsident bringt nun die Tagesordnung in gekürzter Form zur Abstimmung. 4 Abgeordnete sprechen sich für die Tagesordnung aus, 13 dagegen und 2 enthalten sich der Stimme. Die Tagesordnung ist somit abgelehnt.

Der Übergang zur Sachdebatte wird mit 1 Enthaltung angenommen.

Art. 1: von der Landesregierung (Magnago und Dalsass) und vom Abg. Erschbaumer werden je ein Abänderungsantrag eingebracht.

Magnago erläutert den von der Landesregierung eingebrachten Abänderungsantrag. Der Abg. Erschbaumer bezeichnet es als katastrophal, wenn die Landesregierung im Art. 2 nicht mehr wisse, was im Art. 1 drinnen steht.

Der folgendermaßen lautende Abänderungsantrag der Landesregierung: nach dem Wort "werden" in der fünften Zeile sind folgende Worte einzufügen: "außerdem allenfalls zustehenden normalen Außendienstvergütungen" wird mit 1 Enthaltung angenommen.

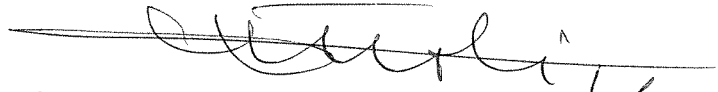
Der Abänderungsantrag von Erschbaumer wird von diesem erläutert. Magnago erklärt sich im Namen der Landesregierung mit dem Abänderungsantrag nicht einverstanden. Dieser wird nun mit 1 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der so abgeänderte Artikel wird nun mit 3 Enthaltungen angenommen.

Ende der Sitzung um 18.45 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

DER PRÄSIDENT:

- Rosa Franzelin-Werth  Prof. Decio Molognoni -  
- Dr. Anselmo Gouthier -   
- Toni Kiem - 

/tr

\*\* \*\* \* \* \*

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL' ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978  
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE  
PROTOKOLL

della 160ª seduta tenuta a BOLZANO il giorno 24 gennaio 1978  
der ..... Sitzung, abgehalten in BOZEN am .....

Presiede il PRESIDENTE  
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Molignoni  
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI  
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth  
Avv. Anselmo Gouthier  
Toni Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI  
Abwesende ABGEORDNETE :

Dott. Alfons Benedikter (giust.)  
dott. Klaus Dubis (giust.)  
rag. Silvio Nicolodi (giust.)  
Karl Oberhauser (giust. pom.)  
Alfons Rigott (ingiust.)  
dott. Karl Vaja (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno del 18 gennaio al quale sono stati aggiunti i seguenti punti:

- 5) Disegno di legge provinciale n. 238/77: Rideterminazione dei compensi ai componenti di commissioni presso l'amministrazione provinciale";
- 6) Mozione n. 35/78 del 10.1.78, presentata dal consigliere prov.le Willi Erschbaumer riguardante la creazione di nuovi posti di lavoro in provincia di Bolzano.

La seduta inizia alle ore 9.55.

Dopo la lettura e l'approvazione del processo verbale della 159<sup>a</sup> seduta del 17 gennaio u. sc., il consigliere Mitolo invita il Presidente ad adoperarsi, affinché venga riportato dalla stampa locale quanto dichiarato in apertura della seduta precedente in merito all'assassinio dei due giovani di Roma.

Al riguardo il Presidente osserva che, non avendo egli predisposto un testo scritto, la stampa non ha ricevuto alcun documento. Egli si impegna peraltro a far trascrivere subito il suo intervento e ad inviarlo alla stampa.

Il Presidente dá lettura di un elenco dei disegni di legge nonché delle interrogazioni ed interpellanze pervenuti alla Presidenza nella settimana precedente.

A questo punto il Consiglio passa alla trattazione del punto 1) all'ordine del giorno: Interrogazioni e interpellanze.

Interrogazione n. 357/77, presentata il 29.12.1977 dal consigliere Jenny, concernente la situazione di disagio presso il "Kinderdorf" di Bressanone.

Dopo un'ampia illustrazione dell'interrogazione, il consigliere Jenny invita l'assessore competente ad illustrare i motivi che stanno alla base della situazione lamentata presso il "Kinderdorf".

Nell'ambito della sua esauriente risposta, l'Assessore Gebert-Deeg ribadisce che la Provincia non può interferire in questioni riguardanti istituzioni private e che la situazione del "Kinderdorf" non é così drammatica come descritta dall'interrogante.

Il consigliere Jenny si dichiara insoddisfatto della risposta e si riserva di riproporre tale questione.

Interrogazione n. 355/77, presentata il 15-12 1977 dai consiglieri Achmüller e Franzelin/Werth, concernente il servizio di trasporto per lavoratori pendolari.

Dopo l'illustrazione del primo firmatario, risponde circostanziatamente l'Assessore Pasquali. Il consigliere Achmüller si dichiara soddisfatto della risposta.



Interrogazione n. 362/78, presentata in data 10.1.1978 dal consigliere Achmüller, concernente i trasferimenti presso Uffici postali della nostra Provincia di personale proveniente dalle vecchie province.

Dopo l'illustrazione dell'interrogante, risponde circostanziatamente l'Assessore Rubner. Il consigliere Achmüller si dichiara soddisfatto della risposta.

Interrogazione n. 364/78, presentata il 7.1.1978 dal consigliere Jenny, concernente la carenza di personale negli ospedali.

Il consigliere Jenny illustra circostanziatamente l'interrogazione.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.10.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.45.

L'Assessore Gebert-Deeg risponde al consigliere Jenny, il quale, pur riconoscendo positive le iniziative della Giunta in alcuni singoli settori, si dichiara insoddisfatto della risposta.

Punto 3) all'ordine del giorno: Mozione n. 34/77, presentata dal consigliere Willi Erschbaumer il 28-12-1977, concernente il dibattito in seno al Consiglio provinciale sulla relazione in merito alle attività sociali.

Il Presidente comunica che nella seduta di questa mattina i capigruppo hanno concordato di interpretare l'art. 102 del Regolamento interno (discussione delle mozioni), nel senso che possa prendere posizione anche un rappresentante della Giunta, sebbene l'articolo in parola non preveda espressamente tale possibilità.

Nel prendere la parola, il consigliere Erschbaumer lamenta il fatto che la relazione sulle attività sociali elaborata dall'Assessore Gebert-Deeg non sia pervenuta a tutti i consiglieri, mentre la relazione elaborata dall'Assessore Pasqualin è stata distribuita già nell'inverno 1976/77. Egli osserva che, non sapendo con certezza se tutti i consiglieri hanno preso atto della relazione dell'Assessore Gebert-Deeg, c'è da chiedersi se sia possibile svolgere un dibattito entro il mese di marzo, come richiesto nella mozione.

Il consigliere Erschbaumer si sofferma, tra l'altro, sul problema dell'integrazione di minorati fisici nel processo lavorativo, sulla situazione delle case di riposo della nostra Provincia nonché sul problema dell'abuso di sostanze stupefacenti e di bevande alcoliche.

Il Presidente tiene a precisare che alla presidenza del Consiglio non è stata inviata in via ufficiale la relazione elaborata dall'Assessore Gebert-Deeg e che pertanto ad essa non può venire attribuita alcuna responsabilità per la mancata distribuzione della relazione in parola.

Il consigliere Mitolo é d'opinione che la mozione in oggetto dovrebbe essere trattata in sede di discussione del Bilancio di previsione.

Il consigliere Sfondrini sostiene che la Giunta provinciale non prende sufficientemente in considerazione i problemi di carattere sociale.

A suo avviso, non basta che la Giunta prenda posizione sul problema della droga solo attraverso la stampa; é invece necessario impedire con ogni mezzo che questo fenomeno si estenda anche alle valli e alle zone rurali.

Nel prendere la parola, l'Assessore Gebert dichiara di non sapersi spiegare come mai la sua relazione sulle attività sociali non sia pervenuta a tutti i consiglieri. In riferimento alla mozione, l'Assessore fa presente che in Alto Adige il numero dei monorati é in costante aumento; infatti, grazie ai progressi della medicina il numero dei neonati che rimangono in vita é sempre maggiore, sebbene essi non siano sempre privi di minorazioni sia di carattere psichico che fisico. Per quanto concerne l'integrazione di minorati nella società, l'Assessore Gebert fa presente che ciò non sempre é possibile, malgrado i notevoli sforzi in questo senso. In riferimento all'abuso di sostanze stupefacenti ella sottolinea che la Provincia può prevedere e rendere operative istituzioni che si occupano di problemi sociali ma non un'assistenza medica vera e propria.

Il consigliere Achmüller comunica che l'SVP non dará il proprio assenso alla mozione, essendo dell'avviso che questi problemi non possono essere risolti attraverso discussioni interminabili in seno al Consiglio, bensí attraverso concrete proposte migliorative, che potrebbero venire discusse nell'ambito della discussione sul Bilancio.

Anche il consigliere Bertorelle é d'opinione che questa mozione potrebbe essere discussa sotto forma di un ordine del giorno in occasione della discussione sul Bilancio. In questo caso, la DC potrebbe dare il proprio assenso.

Il consigliere Stecher, nel prendere posizione su quanto sostenuto dal consigliere Achmüller fa rilevare che se la Giunta avesse mantenuto i suoi impegni, una discussione sui problemi di carattere sociale sarebbe del tutto superflua.

Il consigliere Jenny sottolinea che si tratta di un problema di enorme portata che deve assolutamente venire discusso. Egli comunica, per altro che, qualora la trattazione della mozione in oggetto dovesse venire rinviata alla discussione del Bilancio, egli sarebbe d'accordo.

Il Presidente Malignoni, pur dichiarandosi in linea di principio favorevole alla mozione, osserva che la medesima non é stata, a suo avviso, presentata in un momento molto felice. Egli consiglia al consigliere Erschbaumer di presentare questa mozione sotto forma di ordine del giorno in occasione della discussione sul Bilancio,

per non correre il rischio che essa venga respinta. Concludendo, egli preannuncia la sua astensione.

Il consigliere Erschbaumer ringrazia gli oratori che lo hanno preceduto ed in particolare coloro che si sono dichiarati favorevoli alla mozione. Dopo avere rilevato di non comprendere coloro che intendono astenersi dal voto, egli dichiara di non essere d'accordo sul rinvio della discussione e sul suo inserimento nel dibattito sul Bilancio di previsione; dal momento che i capitoli del Bilancio previsti per questo settore potrebbero eventualmente venire aumentati solo prima dell'approntamento del Bilancio, a suo avviso potrebbe forse essere troppo tardi. Concludendo, il consigliere Erschbaumer ringrazia il consigliere Bertorelle per il riconoscimento da questi espresso sull'attività svolta dall'opposizione e si riserva di prendere ulteriori iniziative.

Posta in votazione, la mozione viene respinta a maggioranza con 4 voti favorevoli, 14 voti contrari e 2 astensioni.

Punto 4) all'ordine del giorno: Nomina di 6 rappresentanti per il Comitato preposto alla nuova regolamentazione delle servitù militari ai sensi dell'art. 3 della legge 24-12-1976, n. 898.

Il Presidente illustra la procedura prevista dalla legge statale per questo genere di elezioni.

Il Presidente della Giunta Magnago chiede che questo punto all'ordine del giorno venga rinviato e che si passi alla trattazione del disegno di legge n. 238/77 che è estremamente urgente.

I consiglieri Sfondrini e Erschbaumer sono dell'avviso che nel comitato in parola dovrebbe essere rappresentata anche la minoranza ed invitano il Presidente a convocare una seduta dei capigruppo prima di procedere alla nomina dei vari membri. Il rinvio della trattazione del punto 4) all'ordine del giorno viene approvato all'unanimità.

Punto 5) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 238/77 "Rideterminazione dei compensi ai componenti di commissioni presso l'amministrazione provinciale".

La relazione della Giunta viene data per letta. Il consigliere Bertorelle dà lettura della relazione della prima Commissione e il consigliere Ladurner-Parthanes di quella della terza Commissione legislativa.

Aperta la discussione generale, il consigliere Mitolo auspica che il Consiglio provinciale approvi i due emendamenti da lui presentati.

Dato che nessuno chiede la parola in discussione generale, il Presidente dà lettura dell'ordine del giorno presentato dal consigliere Erschbaumer, e più precisamente del testo modificato dalla Presidenza, in quanto il testo originario non sarebbe stato conforme al Regolamento interno.

Il Consigliere Erschbaumer illustra l'ordine del giorno e

dichiara di non essere d'accordo con il testo proposto dalla Presidenza risp. con gli stralci apportati al testo originario.

Anche il consigliere Mitolo é d'opinione che la Presidenza non può semplicemente modificare un ordine del giorno, ma che il consigliere Erschbaumer dovrebbe presentare degli ordini del giorno vertenti sul disegno di legge in discussione.

Il consigliere Erschbaumer é dell'avviso che l'ordine del giorno sia pertinente e si dichiara contrario alla modifica.

A questo punto il Presidente pone in votazione il testo abbreviato dell'ordine del giorno, che viene respinto con 4 voti favorevoli, 13 voti contrari e 2 astensioni.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 1: vengono presentati due emendamenti, uno a firma Magnago e Dalsass e uno a firma Erschbaumer.

Il Presidente Magnago illustra l'emendamento presentato dalla Giunta.

Il consigliere Erschbaumer definisce catastrofico il fatto che la Giunta non riporti piú all'art. 2 quanto contenuto nell'art. 1.

L'emendamento della Giunta del seguente tenore: inserire alla quinta riga dopo la parola "corrisposto" le seguenti parole: "oltre al normale trattamento di missione, quando compete", viene approvato a maggioranza con un'astensione.

Il consigliere Erschbaumer illustra il suo emendamento.

Il Presidente Magnago dichiara che la Giunta non é d'accordo sul medesimo.

Posto in votazione, l'emendamento viene respinto a maggioranza con 1 voto favorevole e 2 astensioni.

L'articolo cosí modificato viene approvato a maggioranza con 3 astensioni.

La seduta termina alle ore 18.45.

I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth -

- Avv. Anselmo Gouthier -

- Toni Kiem -

IL PRESIDENTE:

Prof. Decio Mognoni -